



Bürgerbewegung pro Köln e.V.

pro Köln - Postfach 99 01 33 - 51083 Köln

www.pro-koeln-online.de

Pressemitteilung

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Bitte der Redaktion vorlegen!

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Köln, den 09.05.2007

Köln macht mobil gegen Großmoschee und Islamismus:

Schweigemarsch durch Ehrenfeld!

Im Rahmen eines Pressegesprächs gaben heute die Ehrenfelder Anwohnerinitiative und die Bürgerbewegung pro Köln die Durchführung eines Schweigemarsches durch Ehrenfeld bekannt. Unter dem Motto „Köln macht mobil gegen Großmoschee und Islamismus“ werden die Moschee-Gegner am Samstag, den 9. Juni, um 12.00 Uhr von der Venloer Straße Ecke Innere Kanalstraße zum Bezirksrathaus Ehrenfeld marschieren. Als Redner vor dem DITIB-Gebäude und dem Bezirksrathaus werden die Sprecherin der Ehrenfelder Anwohnerinitiative, Marilyn Anderegg, der pro-Köln-Vorsitzende Markus Beisicht, der Düsseldorfer Islam-Kritiker Dr. Björn Clemens, der pro-Köln-Fraktionsgeschäftsführer Manfred Rouhs und der Antwerpener Vlaams-Belang-Spitzenfunktionär Bart Debie auftreten.

„Mit dieser Demonstration soll in Ehrenfeld ein Klima erzeugt werden, in dem es den Großmoschee-Befürwortern schwer fallen wird, ihre Pläne gegen wesentliche Teile der Bevölkerung einfach durchzusetzen“, so der Vorsitzende der Bürgerbewegung pro Köln, Markus Beisicht. Zusätzlich werde es eine erneute Öffentlichkeitsoffensive in Ehrenfeld geben, falls der Stadtrat am kommenden Dienstag das Bürgerbegehren für unzulässig erklären sollte.

„In diesem Fall würden wir selbstverständlich auch Widerspruch beim Oberbürgermeister einlegen. Denn wir nehmen die Angaben der Stadtverwaltung bezüglich angeblich ungültiger Unterschriften zwar zur Kenntnis, behalten uns aber ausdrücklich das Recht zur Nachprüfung vor. Schließlich haben etablierte Politik und

Verwaltungsspitze dem Bürgerbegehren von Anfang an feindlich gegenüber gestanden. Selbst bei der Abgabe der Unterschriften hat es unglaubliche Schikanen gegeben. Wir hegen daher erhebliche Zweifel an der Korrektheit der offiziellen Unterschriftenzählung“, so Beisicht weiter.

Dessen ungeachtet räumte der 44jährige Rechtsanwalt ein, daß dieses Ergebnis erst einmal ein empfindlicher Rückschlag sei. „Doch wir resignieren nicht - im Gegenteil! Das Bürgerbegehren war von Anfang an nur eine Möglichkeit des Widerstandes unter vielen. In den nächsten Wochen werden wir die direkte Öffentlichkeitsarbeit mit Flugblättern und Postwurfsendungen weiter intensivieren. Mehrere Anwohner haben bereits ihre Bereitschaft bekundet, den Klageweg zu beschreiten. Zudem wird mit öffentlichen Demonstrationen, wie der Mahnwache vor der Ratssitzung am kommenden Dienstag und dem Schweigemarsch in Ehrenfeld am 9. Juni, für alle Kölner der Bürgerwille sichtbar gemacht werden. Und nicht zuletzt werden sowohl der städtische Infostand zur Großmoschee am 26. Mai und die offizielle Bürgeranhörung Ende Mai hervorragende Plattformen sein, die Ablehnung gegen die Großmoschee öffentlichkeitswirksam kundzutun.“

Abschließend betonte Beisicht noch einmal, daß auch das Bürgerbegehren selbst ein deutliches Mißtrauensvotum gegen die etablierte Politik sei. „Egal ob nun 16.000, 18.000 oder 20.000 Unterschriften rechtlich gültig sind: Es bleibt ein gewaltiges Fanal, ein wahrhafter Aufstand der Anständigen. Viele tausend Kölner Bürger haben mit Name und Anschrift ‚Gesicht gezeigt‘ gegen die Überfremdung und Islamisierung unserer Heimatstadt. Diese große Leistung haben zudem zwei öffentlich stigmatisierte und medial ausgegrenzte Gruppierungen wie pro Köln und die Ehrenfelder Anwohnerinitiative erreicht, was das Ergebnis um so bedeutender macht!

Zum Vergleich: 2004 haben rund 16.000 Bürger anonym in der Wahlkabine ihr Kreuzchen bei pro Köln gemacht. Im Jahr 2007 haben dagegen mindestens 16.000 wahlberechtigte Kölner - wahrscheinlich sogar weit mehr - mit Name, Anschrift und Geburtsdatum in aller Öffentlichkeit für das von pro Köln getragene Bürgerbegehren gestimmt. Jeder, der auch nur einen blassen Schimmer von politischen Gesetzmäßigkeiten hat, weiß, was das für Auswirkungen auf die nächste Kommunalwahl haben wird.“

verantwortlich: Markus Wiener

Diese Pressemitteilung ist als PDF-Datei abrufbar unter www.pro-koeln-online.de